



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Libyen



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Dezember 2011
Zusammengestellt von: Jan Grebe und Lisa Maichle

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen	5
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
2.3	Militärausgaben Libyen.....	8
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	9
2.5	Streitkräftestruktur	9
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	9
2.7	Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft.....	9
2.8	Polizei und andere Sicherheitskräfte	9
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	9
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Libyen.....	9
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	9
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	9
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	9
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	9
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft.....	9
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	9
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	9

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Libyen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand Mai 2011) nahm Libyen zwischen 2006 und 2010 die 118. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Daher ist Libyen zwischenzeitlich ein lukrativer Absatzmarkt geworden und immer mehr Staaten versuchten dort Fuß zu fassen. Schlagzeilen machte die 2007 verkündete militärische Kooperation zwischen Frankreich und Libyen. Demnach soll eine EADS-Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro an Libyen liefern bzw. geliefert haben. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Mio € und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung.

Der militärische Sektor in Libyen wurde durch jahrelange, umfassende Sanktionen die gegen das Land bestanden schwer getroffen. Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ auch der VN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche unter anderem das Einfrieren von Auslandskonten, diplomatische Sanktionen und ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr entschied sich auch die EU für Sanktionen gegen Libyen. Mit einigen Zugeständnissen Libyens und der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig abgeschafft, bis zu den neuesten Entwicklungen.

Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee war Libyen während der ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen und die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar Al-Gaddafi die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch einen umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen.

Anfangs galt das Militär als angesehene Institution des Landes, welche Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten vereinte. Besonders die Zusammenführung der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen sowie die Entwaffnung der kyrenaischen Stämme in Libyen, wurden als Verdienst der Armee gesehen, Libyen auf dem Weg zur nationalen Einheit zu unterstützen. Bis in die frühen 1980er Jahre waren Angehörige des Militärs durch ihren Lohn und verschiedene Begünstigungen deutlich privilegiert. Dennoch vermieden viele hochrangige Militärangehörige das öffentliche zur Schau stellen ihrer materiellen Vorteile, um sich von den ehemaligen Offizieren der vorangegangenen Monarchie abzugrenzen, denen dieses Verhalten nachgesagt worden war. Mit dem Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 änderte sich die Lage grundlegend: Während einige Teile des Militärs sich mit der Opposition verbündeten, sind andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. Welche Rolle das Militär in der Zukunft und beim Wiederaufbau Libyens einnehmen wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Mittlerweile ist Libyen vielen der einschlägigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten und außerdem Mitglied in den wichtigsten VN-Menschenrechtsabkommen. Nichts desto trotz bleibt die Menschenrechtslage in Libyen kritisch. Die Rechte auf freie

Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit bleiben weiterhin stark eingeschränkt.

Die jahrelangen Sanktionen zeigten Wirkung, da sich die Lebensumstände der Bevölkerung deutlich verschlechterten und die libysche Wirtschaft großen Schaden davontrug. Im Rahmen diplomatischer Verhandlungen stellte die USA eine mögliche Aufhebung der Sanktionen in Aussicht, wenn Libyen gewisse Bedingungen erfülle. Dazu gehörten unter anderem die Aufgabe des libyschen Massenvernichtungswaffenprogramms und die Abkehr vom Terrorismus. Da Libyen die Bedingungen sukzessive erfüllte, wurden auch jegliche Sanktionen gegen das Land aufgehoben.

Libyen konnte lange Zeit trotz des autoritären politischen Systems sowie aller Spannungen und Konflikte mit ausländischen Staaten ein erstaunliches Maß an innerer Stabilität aufweisen. Das Land leidet unter keinen gravierenden ethnischen Konflikten, außerdem kam es in der Vergangenheit zu nur sporadisch eskalierenden Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen.

Nach der zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse während den international verhängten Sanktionen und der damit einhergehenden sozialen Unzufriedenheit, trug der von Gaddafi eingeschlagenen Richtungswechsel und die angestrebte Öffnung des Landes zunächst zu einer Entspannung bei. Bereits Ende 2010 zeichnete eine Zuspitzung des Konflikts ab, der im Zuge der allgemeinen Umstürze in der Region im Frühjahr 2011 eskalierte. Entgegen anderen Ländern in der Region kam es zu einem bewaffneten Konflikt in den die NATO (durch ein Mandat der Vereinten Nationen) eingriff. Derzeit ist der Ausgang des bewaffneten Konflikts weiter offen.

Außenpolitisch bemühte sich Libyen seit einigen Jahrzehnten um eine starke regionale Einbindung, eine Stärkung der regionalen Kooperation und um eine Führungsrolle bei diesem Prozess. Dabei möchte es sowohl auf dem afrikanischen Kontinent, wie auch in der arabischen Welt seine Bedeutung steigern.

Bereits 1976 bezichtigten die USA Libyen das erste Mal öffentlich, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Nur wenige Jahre später, 1979, wurde Libyen von den USA auf die Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten gesetzt. Der Vorwurf, Libyen sympathisiere mit dem internationalen Terror, erhartete sich über die Jahre hinweg immer mehr. Neben der indirekten Unterstützung terroristischer Vereinigungen, konnte auch die direkte Beteiligung an terroristischen Anschlägen nachgewiesen werden. Anschläge auf die West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1985, auf ein Passagierflugzeug der Pan-American-Airlines im Dezember 1988, und auf eine Maschine einer französischen Fluggesellschaft 1989 über der Ténéré-Wüste im Niger, hatten umfassende Sanktionen zur Folge.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. In der Vergangenheit wurde Libyen immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht.

Die Gefahr, dass durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflusst wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Zwar ist die Stärke der Streitkräfte einigermaßen konstant geblieben und auch der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt hat sich deutlich verringert, dennoch sind die Militärausgaben während der letzten Jahre signifikant gestiegen. Dies ist sicherlich auf die wirtschaftliche und rüstungsindustrielle Situation nach den jahrelangen Sanktionen zurückzuführen. Zwar verfügt das Land über hohe Öleinnahmen, doch wurden diese lange Zeit nicht in gesellschaftliche Sektoren gelenkt oder zu umfangreichen und nachhaltigen Investitionen in die Wirtschaft genutzt. Der gewaltsame Konflikt im Zuge des arabischen Frühlings wird die Entwicklung des Landes nachhaltig negativ beeinflussen. Inwieweit zukünftige Öleinnahmen zum Wiederaufbau genutzt werden oder zum Aufbau eines besseren Gesundheits- und Bildungssystems bleibt offen.

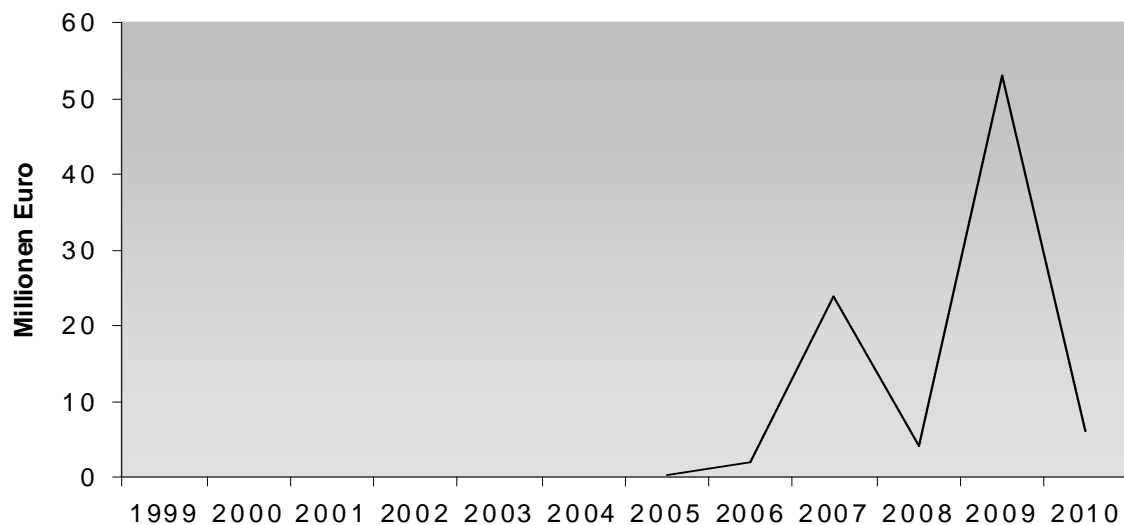
2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2010

Jahr	Güter/in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2000	Sattelzugmaschine mit Tiefladesattelaufleger	0,33
2001	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2002	Ersatzteile für Militärfahrzeuge, Peilsysteme, Funkgeräte und Navigationsanlagen	-
2003	Ersatzteile für Strangpresse, Geländewagen	1,31
2004	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2005	Geländewagen	0,31
2006	Kommunikationsausrüstung und Teile: 58,8%; Splitterschutzanzüge: 39,3%	2,0
2007	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 66,2%; Detektionsausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, ABC Schutzbekleidung und Teile für Detektionsausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 32,6%	23,84
2008	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 58,7%; Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile für Gefechtsfeldüberwachungsradar: 28,2%	4,18
2009	Kommunikationsausrüstung, Störsender und Teile für Kommunikationsausrüstung: 81,4%	53,15
2010	Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile dafür: 72,0%; Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Spähfahrzeuge, Geländefahrzeuge: 16,6%	6,11

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2010, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen, 1999-2010**Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libyen, 1991-2010**

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 1991 und 2010 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Libyen geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Libyen 2006-2010, Mio. USD

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2006-2010
Summe	2	2	-	7	7	18

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

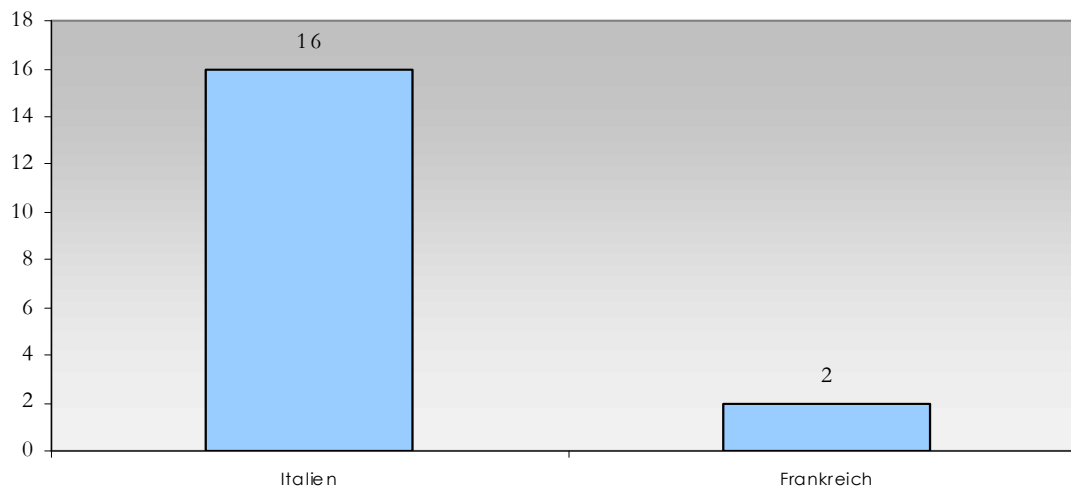
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen 2006-2010, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Libyen lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Libyen 2006-2010, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar zu Waffenkäufen:

Laut SIPRI-Datenbank (Stand Mai 2011) nahm Libyen 2006-2010 die 118. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wegen der bis 2004 und seit Februar 2011 von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen wieder verhängten Waffenembargos gegen Libyen, konnte sich das Land in den vergangenen Jahren kaum mit Waffen und Rüstungskomponenten versorgen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Daher ist Libyen zwischenzeitlich ein lukrativer Absatzmarkt geworden und immer mehr Staaten versuchten dort Fuß zu fassen. Schlagzeilen machte die 2007 verkündete militärische Kooperation zwischen Frankreich und Libyen. Demnach soll eine EADS-Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro an Libyen liefern bzw. geliefert haben. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Million Euro und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung. Die Ausrüstung der libyschen Rebellen mit Waffen, die den Sturz des Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi verfolgen, wird durch einige Staaten angestrebt. Katar soll Milan-Panzerabwehrraketen zur Unterstützung geliefert haben, Italien Ausrüstung zur Selbstverteidigung. Auch die USA wollen die libyschen Regimegegner mit überzähligen nicht-tödlichen US-Materialien beliefern. Auch Großbritannien zieht eine nicht-tödliche Waffenlieferung in Betracht.

Außerdem haben Libyen und Frankreich ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Atomenergie unterzeichnet. Auch Russland bemüht sich vermehrt, sich mit Waffen- und Ausrüstungslieferungen im libyschen Markt zu positionieren. Bislang sind offiziell jedoch noch keine Verträge in größerem Umfang unterzeichnet.

2.3 Militärausgaben Libyen

Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

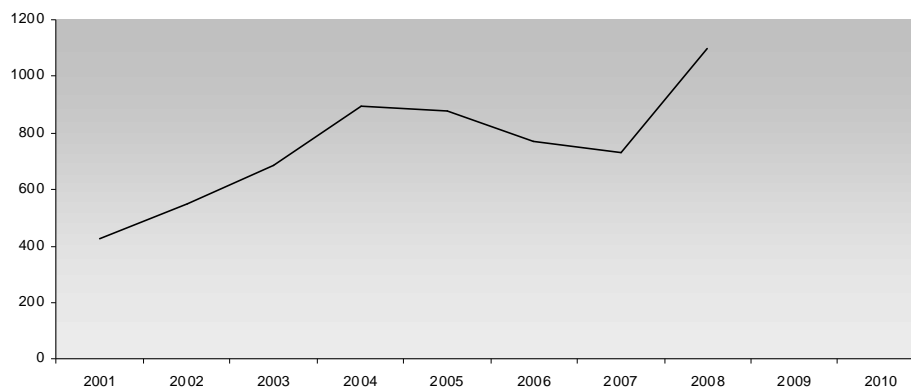
	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben	773	728	1100	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	1	0,9	1,2	-	-
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	-	-	-	-	-

Militärausgaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, World Development Indicators

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

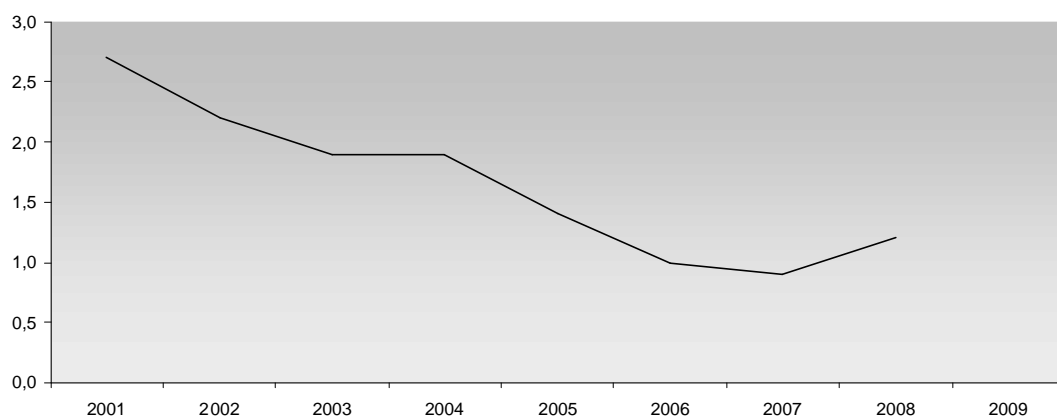
Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2001 – 2010 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit dem Basisjahr 2009

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2001 – 2008 (in Prozent)



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Bedingt durch das Jahrzehntelange Embargo und dem seit 2011 erneuertem Embargo existiert in Libyen derzeit praktisch keine Rüstungsindustrie. Die Betriebe, die das Embargo überstanden haben, sind allesamt in staatlicher Hand und technologisch weit abgefallen. Ein multinationaler Austausch konnte nur kurzzeitig mit der Aufhebung der Sanktionen erreicht werden. Bis zum Ausbruch des gewaltsamen Konflikts war anzunehmen, dass sich die Rüstungsindustrie des Landes in Zukunft modernisieren und expandieren wird. Der hohe Bedarf an neuer Ausrüstung, modernen Technologien und die Bereitschaft der westlichen Länder nach dem libyschen Richtungswechsel auch rüstungspolitisch mit Libyen zusammenzuarbeiten, ließen einen signifikanten Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie in den kommenden Jahren vermuten. Der derzeit tobende Konflikt hat jedoch die Bereitschaft westlicher Staaten verschwinden lassen. Angesichts dessen und den Bombenangriffen der NATO, die die wenigen Einrichtungen empfindlich zerstört haben, ist es unwahrscheinlich, dass sich die libysche Rüstungsindustrie in den kommenden Jahren erholen kann.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; selektiv 1-2 Jahre

Gesamtstärke der Streitkräfte:

76 000 aktiv, davon:

- Heer: 50 000
- Marine: 8 000
- Luftwaffe: 18 000

Zusätzlich:

- Reserve: 40 000

Quelle: IISS Military Balance 2011

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2002-2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Aktive in 1.000 (IISS)	76	76	76	76	76	76	76	76	76
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	14	13,7	13,4	13,2	12,9	12,6	12,4	12,1	12

Quellen:

IISS Military Balance, 2003-2011, UN

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	2025	Davon 1225 auf Lager
Aufklärer	120	
Schützenpanzer	Mehr als 1000	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	945	
Artillerie	Mehr als 2421	
Panzerabwehr	3000	
Luftabwehr	Mehr als 424	
Radar	RASIT	
Raketen	45	FROG-7

Kommentar:

Aufgrund fehlender finanzieller Mittel und einer, aus der geringen Bevölkerungsdichte resultierender, Personalschwäche, war das libysche Heer anfangs militärisch völlig bedeutungslos. Erst mit der Entdeckung des Erdöls in Libyen und umfassender Unterstützung aus Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine militärische Stärke ausbauen. Der Putsch durch Muammar al-Gaddafi 1969 stellte auch für das Heer einen Wendepunkt dar. Die Ausstattung verbesserte sich erstmals deutlich in den 1970er Jahren, als Libyen von Frankreich Panzer und Artillerie erhielt. Dies reichte für Gaddafis Absicht, die libysche Armee zu der am besten ausgerüsteten Armee der arabischen Welt zu machen, jedoch nicht aus. Dementsprechend kamen in den folgenden Jahren umfassende Verträge mit der Sowjetunion zustande. Im Rahmen dieser Verträge wurde eine Fülle an modernen sowjetischen Rüstungsgütern nach Libyen geschafft, unter anderem ein hochmodernes Luftabwehrsystem. Für die Bedienung, Wartung und das Training kamen nicht nur die Güter selbst, sondern auch etliche Experten aus der Sowjetunion und anderen kommunistisch geprägten Ländern. Dennoch gelang es der libyschen Armee angesichts der Masse an neuen Gerätschaften nicht, diese alle angemessen in Gebrauch zu nehmen. Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	Wahrscheinlich nur eingeschränkt funktionstüchtig
Fregatten	2	Wahrscheinlich nur eingeschränkt funktionstüchtig
Patrouillenboote	16	
Davon: Korvetten	1	
Minenboote	4	
Amphibienfahrzeuge	7	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	12	

Küstenwache:

Unbekannte Anzahl von Raketen: u.a. SS-C-3 Styx

Marineflieger:

7 SA-321 Super Frelon Transporthubschrauber

Kommentar:

Die libysche Marine war seit jeher sowohl die kleinste wie auch die verhältnismäßig am schlechtesten ausgerüstete Komponente der libyschen Streitkräfte. Im Jahr 1962, mit umfangreicher britischer Unterstützung gegründet, entwickelte sich die Marine nur sehr langsam. So kam es, dass die Marine bei der Machtübernahme Gaddafis 1969 über eine Personalstärke von knapp über 200 Mann verfügte. Im Zuge der generellen militärischen Aufrüstung, die durch Gaddafi angestoßen wurde, kam der Marine durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine deutliche Aufwertung zu. Ab den späten 1980er Jahren verfügte Libyen über neue, moderne U-Boote, Korvetten und mit Raketen bestückte Schiffe und stellte damit eine neue schlagkräftige Seemacht im Mittelmeerraum dar. Inzwischen ist diese Stärke aufgrund des jahrelangen Embargos längst verblasst.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber/ Bomber	194	
Abfangjäger	180	
Flugzeuge zur Luftraumüberwachung	7	
Transportflugzeuge	Mehr als 85	
Ausbildungsflugzeuge	225	Davon 20 kampffähig
Kampfhubschrauber	35	
Transport- und Mehrzweckhubschrauber	101	
Raketen	k.A.	u.a.: AA-7 Apex, AS-11 Kilter, AT-2 Swatter

Air Defence Command:

- Mehr als 216 Luftabwehr

Kommentar:

Die Luftwaffe war anfangs in einem rudimentären Zustand. Im Jahr 1963 gegründet bestand die Luftwaffe anfangs aus einigen wenigen Flugzeugen und zwei Piloten. Bis zum Ende des Jahrzehnts verfügte sie zwar über einige zusätzliche Ausbildungsflugzeuge und über deutlich mehr geschultes Personal, eine deutliche Aufwertung kam ihr jedoch ebenfalls erst in den frühen 1970er Jahren zu. Bereits nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden Stimmen laut, die eine fortschrittlichere Ausrüstung der Luftwaffe forderten. Dies resultierte im Kauf von zehn US-amerikanischen F-5 Jagdbombern Ende der 1960er Jahre. Nach diesem Kauf wuchs die Luftwaffe schnell an und wurde so zu einer wichtigen Komponente der bewaffneten Streitkräfte. Die tatsächliche Aufwertung geschah letztlich durch umfassende Verträge Libyens mit Frankreich über den Kauf von 110 Mirage Jagdbombern. Mitte der 1970er Jahre kam es schließlich zu einem zusätzlichen Kauf militärischer Ausrüstung durch Verträge mit der Sowjetunion. Dabei erhielt Libyen unter anderem moderne Luftwaffenausrüstung und vielfältige Unterstützung verschiedenster kommunistisch geprägter Staaten was die Wartung und das Training der neuen Gerätschaften anging. Dennoch ist auch die libysche Luftwaffe von dem jahrelangen Embargo gegen Libyen hart getroffen worden und galt als veraltet und durchgehend modernisierungsbedürftig. Durch die Angriffe der Alliierten auf die libysche Luftwaffe Anfang des Jahres, wurde diese sowie die Luftabwehr zerstört bzw. so massiv beschädigt, dass sie einsatzunfähig ist.

Peacekeeping:

- Philippinen (IMT): 6 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2011

2.7 Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft

Die Ursprünge der heutigen libyschen Armee finden sich in den Truppen, die Libyen im Zweiten Weltkrieg aufbot, um Großbritannien im Kampf gegen Deutschland und den damaligen Kolonialherren Italien zu unterstützen (Sanusi-Armee). Nach der erfolgreichen Besetzung Libyens durch Großbritannien, wurde die Mehrzahl der Sanusi-Armee-Angehörigen in die örtliche Polizei eingegliedert. Mit der libyschen Unabhängigkeit 1951 formten sich Veteranen der ehemaligen Sanusi-Armee zum Kernstück der königlichen libyschen Armee. Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee blieb Libyen die ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Auch die in den frühen 1960er Jahren gegründete Luftwaffe und Marine konnten daran nichts ändern. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen sowie die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien, konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi, die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch den umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Die Zusammenlegung der regulären Armee mit großen Teilen der früheren *National Security Force* und der *Cyrenaican Defense Force* führte zu Erhöhung der Personalstärke der Armee.

Anfangs galt das Militär als angesehene Institution des Landes, welche Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten vereinte. Besonders die Zusammenführung der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen sowie die Entwaffnung der kyrenaischen Stämme in Libyen, wurden als Verdienst der Armee gesehen, Libyen auf dem Weg zur nationalen Einheit zu unterstützen. Bis in die frühen 1980er Jahre waren Angehörige des Militärs durch ihren Lohn und verschiedene Begünstigungen deutlich privilegiert. Dennoch vermieden viele hochrangige Militärangehörige das öffentliche zur Schau stellen ihrer materiellen Vorteile, um sich von den ehemaligen Offizieren der vorangegangenen Monarchie abzugrenzen, denen dieses Verhalten nachgesagt worden war. Im Gegensatz dazu zeigten sich viele sittenstreng und mit beinahe schon puritanischen Gepflogenheiten. Auch Muammar al-Gaddafi bemühte sich in der Öffentlichkeit um ein asketisches Auftreten und sah sich als Vorbild des neuen moralischen Selbstverständnisses des Militärs. Er pflegte das Bild des Unbestechlichen und verbreitete die Idee, dass es sich beim Militärdienst um eine patriotische Pflicht handle, für die kaum materielle Entschädigung erwartet werden dürfe. Durch das von Gaddafi aufgelegte Modernisierungsprogramm und erste militärische Teilerfolge im Tschad verfestigte sich die Moral der Angehörigen des Militärs. Trotz der großen Bedeutung des Militärs für die Abschaffung der Monarchie und der Teilnahme an der Regierungstätigkeit, vor allem während der ersten Dekade unter Gaddafi, zeigten sich ab den frühen 1980er Jahren ernsthafte Spannungen zwischen militärischen und zivilen Kräften. Durch abwertende Äußerungen seitens Gaddafis und einer öffentlich geführten Kampagne gegen das Militär schwanden zunehmend Moral und Ansehen dieser Institution. Schließlich schwand auch der politische und militärische Einfluss nach einem missglückten Putsch-Versuch 1985. Die revolutionäre Garde, ein ehemaliger paramilitärischer Arm des Revolutionskomitees, fungierte mehr und mehr als Kontrollinstanz für das reguläre Militär und schmälerte damit zusätzlich das ehemals hohe Ansehen. Bedeutend für Libyen ist die Schaffung der ersten Frauenmilitärakademie in der arabischen Welt in Tripolis 1979, die bis vor kurzem al-Gaddafi relative Unterstützung in der Bevölkerung sicherte. Mit dem Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 änderte sich die Lage grundlegend: Während einige Teile des Militärs sich mit der Opposition verbündeten, sind andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt loyal. Welche Rolle das Militär in der Zukunft und beim Wiederaufbau Libyens einnehmen wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar.

2.8 Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 7: Ausgaben für Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Nach den schweren Kämpfen und den politischen Umbrüchen in Libyen ist gegenwärtig unklar, wie eine neue Polizei und die anderen Sicherheitskräfte in Zukunft gestaltet werden. Es ist davon auszugehen, dass einige Einheiten und Strukturen bestehen bleiben, die Übergangsregierung und die neue Regierung die Polizei jedoch insgesamt neu strukturieren werden. Vor dem Krieg hatte die libysche Polizei (People's Security Force – shurta) eine Stärke von etwa 30.000-50.000 Mann und war mit der Ermittlung bei Verbrechen, der allgemeinen Strafverfolgung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betraut. Gegenspionage war Aufgabe einer Spezialeinheit der Polizei. Die Polizei unterstand dem Sekretariat für interne Sicherheit, das im Innenministerium angesiedelt war, und war entsprechend ihrer Aufgaben in verschiedene Einheiten aufgeteilt. In dem Sekretariat befand sich ebenfalls eine spezielle Zolleinheit, die mit dem Grenzschutz betraut war.

Gaddafis Regime verfügte lange Zeit über einen gut funktionierenden Geheimdienst mit verschiedenen Behörden. Es gab die *Jamahiriya Security Organisation*, die wiederum aus zwei Einheiten bestand, die für interne Sicherheit (Internal Security Apparatus) und die externe Sicherheit (External Security Apparatus) zuständig waren. Wichtig für die geheimdienstlichen Tätigkeiten und die Regimesicherheit war ebenfalls der militärische Geheimdienst (*Al-Istikhbarat al-askariya*). Aufgabe der einzelnen Behörden war die Informationsbeschaffung, die Beobachtung regimekritischer Libyer sowie der allgemeine Schutz des Regimes vor Umstürzen oder Bedrohungen von Außen. Lange Zeit standen ganze Bevölkerungsteile unter Generalverdacht und wurden intensiv beschattet und kontrolliert. Mit der Öffnung des Regimes Anfang des vergangenen Jahrzehnts änderten sich die Bewachungsmethoden des Geheimdienstes, um die Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung eines repressiven Regimes zu ändern.

Es bestand kaum eine vertikale und horizontale Verknüpfung oder Kommunikationsverbindung innerhalb oder zwischen den einzelnen Sicherheitsdiensten. Als zentrale Koordinierungs- und Kommandostelle agierte das Intelligence Bureau of the Leader. Berichten zufolge haben im Januar 2012 die Justizverwaltung und die ihr angehörigen Polizeieinheiten langsam damit begonnen, die Kontrolle über die offiziellen und provisorisch errichteten Gefängnisse zu übernehmen. Die Polizei steht ähnlich wie das Militär vor großen Herausforderungen. Mit der Öffnung der Polizei für ehemalige Milizen, die gegen das Regime Gaddafis gekämpft haben, ist der Versuch unternommen worden, die Stabilität im Land wieder herzustellen. Die zunächst geringe Bereitschaft der Milizen sich in die offiziellen Organe einzugliedern zeigt, dass der Regierung noch ein sehr langer Weg beim Neuaufbau und einer Reform der Polizei bevorsteht.

Verschiedene Staaten und die EU haben ihre Hilfe bei einer Polizeireform angeboten. Die Türkei und Libyen haben bereits Gespräche geführt und vereinbart, dass im März 2012 in der Türkei die Ausbildung und das Training, einschließlich berufsbegleitender Schulungen, für Polizisten beginnen soll.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU- VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Libyen

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch 2011
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011

Kommentar:

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land gilt seitdem als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie. Dieser Erfolg wiegt umso mehr, geriet das Land nach der Machtübernahme durch Muammar Al-Gaddafi immer wieder in den Verdacht, sich aktiv um die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu bemühen. Nach heutigem Erkenntnisstand verfügte Libyen über Produktionsstätten für biologische und chemische Waffen. In den 1970er Jahren verfolgte Libyen ebenfalls das Ziel, Atomwaffen zu kaufen. Das Land hatte jedoch weder in der Herstellung noch im Kauf von A-, B-, und C-Waffen großen Erfolg. Im Bereich der biologischen Waffen ist es Libyen wohl nie gelungen, über das Forschungs- und Entwicklungsstadium hinaus zu gelangen. Die zwei, in den 1980er Jahren fertig gestellten, Chemiewaffenanlagen in Rabta und Sebha wurden laut CIA-Berichten jedoch zur Herstellung von Chemiewaffen genutzt. Über die hergestellte Menge sind jedoch keine genauen Angaben bekannt. Auf internationalen Druck hin wurde die Produktion 1990 eingestellt.

Für Aufsehen sorgte 1996 die Entdeckung einer unterirdischen Fabrik für C-Waffen im Berg Tarhuna. Die Fertigstellung der Anlage wurde nach publik werden jedoch gestoppt. Für die Forschung zu Atomwaffen stand Libyen einzig ein sowjetischer Leichtwasserreaktor zur Verfügung. Um diesen jedoch militärisch zu nutzen, fehlte laut CIA-Angaben das nötige Wissen. Dennoch war es wohl nicht nur der diplomatische Weg der Libyen letztlich zur Aufgabe seines Massenvernichtungswaffenprogramms brachte. Im Oktober 2003 beschlagnahmten US-Agenten fünf Container des deutschen Frachtschiffes BBC China. Brisanter Inhalt der Container, dessen Bestimmungsort Libyen war, waren Spezialbauteile für Gasultrazentrifugen die für den Prozess der Urananreicherung benötigt werden. Aufgrund der vorangegangenen Verhandlungen sah sich Libyen offensichtlich angesichts des Fundes

genötigt, das Massenvernichtungswaffenprogramm einzustellen, wollte es die bisherigen erfolgreichen Verhandlungen nicht gefährden. Gegenstand der geheimen Verhandlungen war die Aufhebung der von den USA, der EU und den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen. Mit dem Einlenken Libyens im Bereich der Massenvernichtungswaffen, aber auch in anderen Bereichen, kam es 2004 schließlich zur Aufhebung der US-Sanktionen. Diese waren seit 1974 sukzessive verhängt worden, da Libyen immer wieder in Verbindung mit dem internationalen Terrorismus gebracht wurde. Höhepunkt der von US-amerikanischer Seite verhängten Sanktionen war das 1986 beschlossene komplette Handelsverbot mit dem libyschen Staat.

Neben den US-Sanktionen, waren von 1992 bis 2003 beziehungsweise 2004 zusätzliche Sanktionen von den Vereinten Nationen und der EU verhängt. Durch diese sollte und wurde Libyen dazu bewegt, bei der Aufklärung der Lockerbie-Anschläge mitzuwirken.

Derzeit ist ein Waffenembargo der EU und der Vereinten Nationen gegen Libyen in Kraft.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Libyen, 2010 (2011)

Citizens did not have the right to change their government. Continuing problems included reported disappearances, torture, arbitrary arrest and imprisonment, lengthy pretrial and sometimes incommunicado detention, official impunity, and poor prison conditions. Denial of fair public trial by an independent judiciary, detention and imprisonment of persons on political grounds, and the lack of judicial recourse for alleged human rights violations were also serious problems. The government significantly restricted media freedom and continued to restrict freedom of speech (including Internet and academic freedom). It continued to severely impede the freedom of assembly, freedom of association, and civil liberties. The government did not protect the rights of migrants, asylum seekers, and refugees, and in some

cases participated in their abuse. Other problems included restrictions on freedom of religion; corruption and lack of transparency; discrimination against women, ethnic minorities, and foreign workers; trafficking in persons; and restriction of labor rights.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2010
<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/nea/154467.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2010

The authorities restricted rights to freedom of expression, association and assembly and repressed virtually all dissent. Hundreds of prisoners continued to be arbitrarily detained on security grounds, including some who had been acquitted by courts or had completed prison sentences, although releases were reported. Foreign nationals suspected of entering Libya irregularly were subject to indefinite detention and ill-treatment; they included refugees and asylum-seekers. At least 18 executions were reported. The government failed to disclose the findings of an investigation into an incident at Abu Salim Prison in 1996 when hundreds of inmates were alleged to have been killed by security forces, and took no action to provide justice for victims of gross human rights violations committed in the 1970s-1990s.

Quelle: Amnesty International Report 2011: <http://www.amnesty.org/en/region/libya/report-2011>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House für 2010 (2011)

Bewertung für Libyen auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 7
- Politische Rechte: 7
- Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2011):

A law granting Libyan women the ability to pass their citizenship to their children was approved in January 2010, though the measure's pervasive ambiguity and lack of enforcement mechanisms left its practical effects in doubt. Government crackdowns on the country's only quasi-independent media group continued in 2010, including a six-month shutdown of two of the group's newspapers and the arrest of 20 journalists in November. The Libyan authorities faced ongoing criticism for their abuse of migrant workers, and in June, the UN refugee agency was expelled from the country without explanation.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8077>

Kommentar:

Die Menschenrechtssituation in Libyen ist laut zahlreichen Berichten nach wie vor kritisch und wird von vielen internationalen Organisationen bemängelt. Besonders willkürliche Verhaftungen, kein Recht auf freie Meinungsäußerung, keine Versammlungsfreiheit und das fehlende Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, sind Ansatzpunkt massiver Kritik. Auch wenn sich die Situation von Frauen insgesamt etwas verbessert hat, bleibt vor allem häusliche Gewalt weit verbreitet. Trotz massiver Bedenken hat Libyen im Jahr 2003 den Vorsitz der UN-Menschenrechtskommission übernommen. Libyen wurde von der afrikanischen Staatengruppe als Kandidat vorgeschlagen und konnte den Vorsitz letztlich auch nur durch deren Unterstützung bei der Stimmabgabe annehmen. Der UN-Menschenrechtsrat hat Libyen

im März 2011 erstmalig in der Geschichte nach weniger als einem Jahr Mitgliedschaft ausgeschlossen. Grund dafür war die anhaltende Gewalt des Diktators gegenüber der libyschen Bevölkerung.

Der derzeit tobende Konflikt in Libyen hat gravierende Auswirkungen für die Menschen und ihre Rechte. Es gibt Anschuldigungen, dass die libyschen Streitkräfte Zivilisten als menschliche Schutzschilder missbrauchen. Zwar nehmen die Nachbarländer viele Flüchtlinge auf, dennoch sind viele Menschen zwischen den Fronten gefangen und leiden unter dem Konflikt.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Es liegen keine aktuellen Informationen vom Auswärtigen Amt zum Land vor.

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2010):

Im Jahresbericht 2010 von Transparency International, für den in 178 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Libyen auf Platz 146 (2009: Platz 130), zusammen mit Kamerun, Paraguay, der Elfenbeinküste, Nepal, Haiti, dem Jemen und Iran. Deutschland liegt auf Platz 15.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results

Spannungen und interne Konflikte:

Nach dem Erlangen der politischen Unabhängigkeit 1951 traten Konflikte zwischen Monarchisten und Republikanern auf. Die damalige Situation in Libyen war ebenso durch Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung geprägt. Mit der Entdeckung des Erdöls zeigten sich zudem soziale Spannungen zwischen den traditionell Reichen und den durch das Öl schnell reich gewordenen Libyern. Zusätzlich wurde die Kluft zwischen Arm und Reich in Libyen immer größer. Mit der Machtübernahme durch Muammar al-Gaddafi entspannte sich jedoch zunächst die innenpolitische Lage deutlich. Libyen hatte lange Zeit keine gravierenden ethnischen Konflikte zu verzeichnen und es kam nur zu sporadisch eskalierenden Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen. Zurückzuführen ist dies auch auf den Regierungsstil Al-Gaddafis. Dieser führte dazu, dass Libyen trotz aller Spannungen und Konflikte mit ausländischen Staaten lange Zeit ein erstaunliches Maß an innerer Stabilität aufweisen konnte. Maßgeblich gelitten haben darunter Minderheiten, Oppositionelle und die demokratische Reformbewegung.

Nach der zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse während den international verhängten Sanktionen und der damit einhergehenden sozialen Unzufriedenheit, trug der von Gaddafi eingeschlagene Richtungswechsel und die angestrebte Öffnung des Landes zunächst zu einer Entspannung bei. Bereits Ende 2010 zeichnete eine Zuspitzung des Konflikts ab, der im Zuge der allgemeinen Umstürze in der Region im Frühjahr 2011 eskalierte. Entgegen anderen Ländern in der Region kam es zu einem bewaffneten Konflikt in den die NATO (mandatiert durch die Vereinten Nationen) eingriff. Derzeit ist der Ausgang des bewaffneten Konflikts weiter offen. Eine geeinte Opposition ist nicht vorzufinden, die geschlossen gegen das Regime um Gaddafi kämpfen. Unterstützt von der NATO versucht ein Großteil der Aufständischen, das Regime in Tripolis zu stürzen. Primäres Ziel der Aufständischen ist es, Gaddafi aus dem Land zu vertreiben (hier scheint es keinen Kompromiss zu geben) und eine neue Regierung einzusetzen. Die NATO hingegen, mandatiert von den Vereinten Nationen, hat das primäre Ziel, mit Hilfe von militärischen Mitteln (Luftschlägen) die humanitäre Katastrophe zu begrenzen und Angriffe der libyschen Armee auf Zivilisten zu verhindern.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Libyen umfasst eine Fläche von 1,76 Millionen Quadratkilometern und liegt am Südrand des Mittelmeeres. Im Westen grenzt Libyen an Algerien und Tunesien, im Süden beziehungsweise Südosten teilt es die Grenze mit Niger, Tschad und dem Sudan. Im Osten grenzt Libyen an Ägypten.

Politische Situation in der Region:

Libyen bemühte sich seit einigen Jahrzehnten um eine starke regionale Einbindung, eine Stärkung der regionalen Kooperation und um eine Führungsrolle bei diesem Prozess. Dabei zielten die libyschen Bemühungen sowohl auf die arabische Welt wie auch den afrikanischen Kontinent ab. Mehr als früher setzte Muammar al-Gaddafi dabei auf religiöse Themen beziehungsweise die Islamisierung des gesamten afrikanischen Kontinents.

Im Februar 1989 gründete Libyen zusammen mit Tunesien, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Im Gegensatz zu Libyen fehlt den anderen Mitgliedern der UMA der Wille die Integration maßgeblich voranzutreiben. Libyen dagegen wünscht sich eine politische Integration nach dem Vorbild der EU. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko.

Im Februar 1998 entstand auf Initiative von Muammar al-Gaddafi die Sahel- und Saharastaatengemeinschaft (SinSad). Diese geriet in den Ruf, einzig als außenpolitisches Instrument Libyens zu funktionieren, da es Libyen mit Hilfe der anderen Mitgliedsstaaten und durch politische und ökonomische Unterstützung derselben gelang, Verbündete gegen die USA bzw. die UN zu gewinnen und Sanktionen teilweise zu unterlaufen. Mittlerweile hat sich dieser Vorwurf gelegt und die SinSad hat sich zu einer dynamischen Regionalorganisation entwickelt, die wichtige Nordafrika- und den Sahararaum übergreifende Probleme diskutiert und nach Lösungsansätzen sucht.

Auch die Gründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 geht auf die Initiative von Muammar al-Gaddafi zurück. Bereits 1999 warb er für eine Reform der damaligen Vorgängerorganisation Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) und propagierte die Idee der Vereinigten Staaten von Afrika mit einer gemeinsamen Armee, einer gemeinsamen Währung und einer zentralen Führung. Zwar lehnten viele afrikanische Staaten die Pläne Gaddafis ab, ihre Skepsis bezüglich einiger Reformen konnte Gaddafi jedoch durch oftmals finanzielle Mittel abmildern, wodurch schließlich die Gründung der AU beschlossen wurde.

Die Beziehungen zu Algerien sind aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten und ähnlicher außenpolitischer Interessen freundschaftlich und gut. Die in den 1980er Jahren aufgetretenen Spannungen sind längst überwunden. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Libyen plant anscheinend, bis zu 500 Millionen US-Dollar in Algerien zu investieren.

Grenzprobleme:

Frühere Grenzprobleme mit Ägypten sind mittlerweile beigelegt. Aus dem Aouzou-Streifen im Norden des Tschads musste sich Libyen 1994 nach einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zurückziehen. Derzeit werden keine offenen Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten ausgetragen. Da Libyen jedoch ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in

Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem algerischen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle:

Es existieren derzeit keine Abkommen oder Bemühungen für eine regionale Rüstungskontrolle.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der Trans-Sahara Counterterrorism Initiative (TSCTI) sind amerikanische Spezialeinheiten im nordafrikanischen Raum sowie in der Sahel Zone stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Libyen 88 Prozent im Jahre 2010, und ist damit im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens weist Libyen nach dem Jemen damit die zweithöchste Rate an Technologiepiraterie auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2010 auf geschätzte 74 Millionen US-Dollar und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2010

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Bereits 1976 bezichtigten die USA Libyen das erste Mal öffentlich, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Nur wenige Jahre später, 1979, wurde Libyen von den USA auf die Liste der Staaten gesetzt, die den Terrorismus unterstützen. Der Vorwurf, Libyen sympathisiere mit dem internationalen Terror, erhärtete sich über die Jahre zusehends. Neben dem Vorwurf, Libyen unterstütze indirekt terroristische Organisationen, wie etwa die nordirische Untergrundbewegung Irish Republic Army (IRA), mit Waffenlieferungen oder auch finanziellen Zuwendungen, konnte Libyen ebenso eine direkte Beteiligung an Terroranschlägen nachgewiesen werden. Ein Anschlag auf die vornehmlich von US-amerikanischen Soldaten besuchte West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1985 bildete den Auftakt einer Reihe von Terror-Anschlägen mit nachweislich direkter Beteiligung. Der verheerendste Anschlag des „libyschen Terrors“ geschah im Dezember 1988 mit einem Anschlag auf ein Passagierflugzeug der Pan-American-Airlines. Durch eine Kofferbombe wurde das Flugzeug nahe der schottischen Stadt Lockerbie zur Explosion gebracht und 270 Menschen starben. Ein ähnlicher Anschlag ereignete sich kurze Zeit später über der Ténéré-Wüste im Niger. Bei der Explosion eines französischen Flugzeuges kamen dort 171 Menschen ums Leben. Beide Anschläge galten als Vergeltungsakt für die militärische Unterstützung des Nigers im Tschad-Konflikt seitens Frankreichs beziehungsweise Israels durch die USA. Aufgrund dieser Ereignisse, wurden schließlich umfassende Sanktionen von den USA, der EU und den Vereinten Nationen gegen Libyen verhängt.

Die Auswirkungen der Sanktionen und die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu einer Kehrtwende in der libyschen Einstellung zum Terrorismus. Zum einen war die Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen mit den Auflagen verknüpft, dass Libyen Entschädigungszahlen für die Lockerbieopferfamilien leisten müsse, die volle Verantwortung für die Anschläge von Lockerbie übernehmen solle und dem Terrorismus als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele definitiv abschwören müsse. Zusätzlicher Druck entstand durch 9/11 und die Forderung des damaligen US-Präsidenten Bush sich klar zu positionieren, um nicht selbst ins Fadenkreuz zu rücken und damit selbst Angriffsziel zu werden. Libyen positionierte sich von Beginn an an der Seite der USA und verurteilte die Anschläge scharf. Laut Medienberichten soll es bereits kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem Treffen einer libyschen Delegation mit Vertretern des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes gekommen sein. Dabei wurde offenbar die libysche Unterstützung im Kampf gegen den Terror unterstrichen und Libyen übermittelte den Geheimdienstmitarbeitern wichtige Unterlagen.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org/
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.4 UN-Berichterstattung

Libyen boykottierte zum wiederholten Male, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen die aber im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Libyen keine Daten.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. In der Vergangenheit wurde Libyen immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Es liegen keine aktuellen Informationen vom Auswärtigen Amt zum Land vor.

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (2009):

Libyen beabsichtigt, seine bestehende Wirtschaftsordnung in eine Marktwirtschaft umzuwandeln. Die bisherige Liberalisierung, vor allem im Handel und in der Landwirtschaft, hat das binnenwirtschaftliche Erscheinungsbild Libyens zum Besseren verändert. Die libysche Wirtschaft ist über die letzten Jahre kontinuierlich gewachsen, gestützt auf die Öl- und Gasproduktion – 2008: 3,8 Prozent. Auch für das Gesamtjahr 2009 wird erwartet, daß die libysche Wirtschaft weiter wächst.

Libyens Reformkurs bleibt jedoch widersprüchlich und kommt nur schleppend voran. Weiterhin dominiert die Staatswirtschaft. Bei Teilen der libyschen Bevölkerung kommt der relative Aufschwung der letzten Jahre bislang kaum an.

Libyen hat eine WTO-Mitgliedschaft beantragt.

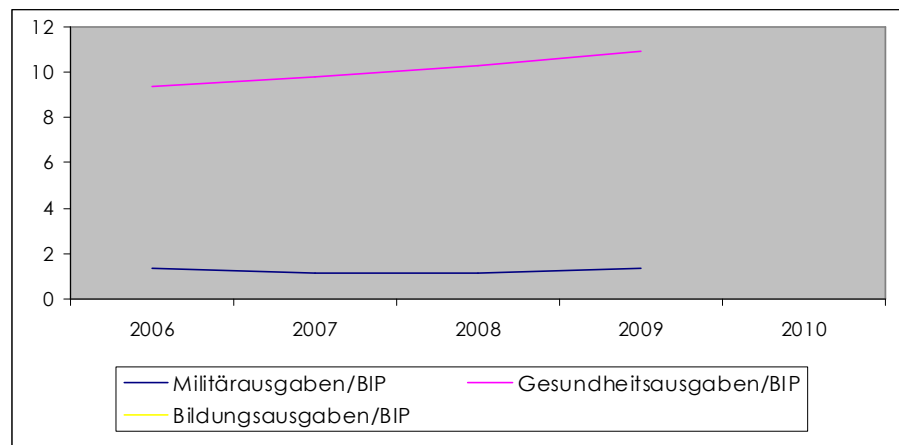
Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Libyen/Wirtschaft.html>

Tabelle 8: Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben (absolut)	773	728	1100	-	-
Militärausgaben/BIP	1	0,9	1,2	-	-
Gesundheitsausgaben/BIP	2,4	2,8	3,0	3,9	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5: Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen:

SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben), World Development Indicators

Tabelle 9: Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2006	2007	2008	2009	2010
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	33	16	52	32	-
Net ODA (% of GNI)**	0,1	0	0,1	0,1	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009) (Auslandsverschuldung), ODA in Mio. US\$ in aktuellen Preisen.

Quelle: Weltbank, World Development Indicators**, OECD*

Tabelle 10: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2006	2007	2008	2009	2010
Militarisierungswert	780	760	764	778	765
Index-Platzierung	17	16	14	11	13

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 11: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2006	2007	2008	2009	2010
Ägypten	Militarisierungswert	759	748	731	725	715
	Index-Platzierung	22	20	22	27	28
Algerien	Militarisierungswert	746	743	738	755	750
	Index-Platzierung	26	22	20	18	18
Niger	Militarisierungswert	471	460	461	459	452
	Index-Platzierung	138	138	136	136	135
Tschad	Militarisierungswert	562	656	659	660	628
	Index-Platzierung	107	62	53	54	66
Tunesien	Militarisierungswert	594	583	581	579	579
	Index-Platzierung	96	98	91	89	82
Sudan	Militarisierungswert	654	644	631	620	-
	Index-Platzierung	65	69	71	69	-

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 12: Human Development Index (HDI)

	2007	2008	2009	2010	2011
HDI-Wert	0.741	0.744	0.749	0.755	0.760

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>
 Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar:

Die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflusst wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Zwar ist die Stärke der Streitkräfte einigermaßen konstant geblieben und auch der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt hat sich deutlich verringert, dennoch sind die Militärausgaben während der letzten Jahre signifikant gestiegen. Dies ist sicherlich auf die wirtschaftliche und rüstungsindustrielle Situation nach den jahrelangen Sanktionen

zurückzuführen. Zwar verfügt das Land über hohe Öleinnahmen, doch wurden diese lange Zeit nicht in gesellschaftliche Sektoren gelenkt oder zu umfangreichen und nachhaltigen Investitionen in die Wirtschaft genutzt. Der gewaltsame Konflikt im Zuge des arabischen Frühlings wird die Entwicklung des Landes nachhaltig negativ beeinflussen. Inwieweit zukünftige Öleinnahmen zum Wiederaufbau genutzt werden oder zum Aufbau eines besseren Gesundheits- und Bildungssystems bleibt offen.